

## Bielefeld direkt

15:01h, Dienstag 20.03.2007

Protestkundgebung der Radiowerkstätten des Bürgerfunks in Köln:

"Der Bürger lässt sich nicht die Stimme nehmen!"



Köln/Bielefeld. Am vergangenen Samstag fand in Köln eine groß angelegte Protestkundgebung der Radiowerkstätten des Bürgerfunks gegen den von CDU und FDP im Landtag Nordrhein-Westfalen vorgelegten Gesetzentwurf zur Änderung des Landesmediengesetzes statt. Trotz durchwachsenen Frühlingswetters konnten die Veranstalter über den Zeitraum von vier Stunden bis zu 1.000 Teilnehmern zählen. An dem Tag wurden weitere 532 neue Unterschriften zum Erhalt des Bürgerfunks abgegeben, womit inzwischen rund 19.000 Bürger/innen unterschrieben haben. Aber nicht nur das soll ein Signal nach Düsseldorf sein. Zur Verteidigung des Kommunikations- und Kulturgutes Bürgerfunk wirkten Repräsentanten vieler unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen mit. Damit wird unmissverständlich gezeigt, dass ein uneingeschränkter Bürgerfunk von der gesamten Gesellschaft gewünscht und getragen wird.

Diese legitimen Interessen stehen gegen die Wirtschaftsinteressen des privaten Lokalfunks, die CDU und FDP eins zu eins in den Gesetzentwurf eingearbeitet haben. Wie der ehemalige Präsident des Rats der evangelischen Kirche, Manfred Kock, zum Schluss der Kundgebung betonte, bedarf Wirtschaft aber auch ethischer Verantwortung für die Gesellschaft. „Wer die Sendezeiten des Bürgerfunks völlig an den Rand drängt, wer die Sendezeiten weiter beschneidet, handelt unverantwortlich.“ <!--[if !supportEmptyParas]-->Als weitere Redner unterstützten die Forderungen des Bürgerfunks nach Erhalt der bisherigen Rahmenbedingungen: Oliver Keymis – MdL, Vizepräsident des Landtags, Dr Wolfgang Uellenberg – DGB-Vorsitzender der Region Köln-Leverkusen-Erft-Berg, Marc Jan Eumann – MdL, medienpolitischer Sprecher der SPD, Hannelore Bartscherer – Vorsitzende des Katholikausschusses Köln – und Hermann Josef Doerfner – stellvertretender Vorsitzender der CDA Köln. Beeindruckend war auch die Unterstützung im kulturellen Programmteil, in dem alle Künstler unentgeltlich auftraten: Gerd Köster und Frank Hocker, Wilfried Schmickler, Rolly Brings, Klaus der Geiger, Magic Street Voices, Heinrich Pachl und viele mehr. Sie alle standen dafür, den Abgeordneten der Regierungskoalition in Düsseldorf zu signalisieren, dass sie als gewählte Volksvertreter eine Verantwortung gegenüber ihren Wählern haben und nicht hinzunehmen ist, dass singuläre Wirtschaftsinteressen Vorrang gegenüber dem grundgesetzlich garantierten Recht auf Meinungsfreiheit sowie der rundfunkgesetzlich vorgeschriebenen Meinungsvielfalt haben sollen.



rainer.mueller